

## Aus eigenem Antrieb

### Wirtschaft in Deutschland wächst

**BERLIN** Die deutsche Wirtschaft wächst aus eigener Kraft. Auch ohne den gewohnten Rückenwind von den Exporten legte das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal mit 0,8 Prozent so stark zu wie seit drei Jahren nicht mehr und doppelt so stark wie Ende 2013. Dafür sorgten kauf- und investitionsfreudige Unternehmen. «Bei diesem kräftigen Wachstum zum Jahresbeginn spielte allerdings auch die extrem milde Witterung eine Rolle», teilte das Statistische Bundesamt am Freitag mit. Besonders die Baubranche blieb von den sonst üblichen Unterbrechungen durch Schnee und Eis verschont. Gute Nachrichten auch für Liechtenstein, denn das Fürstentum exportierte im 1. Quartal 2014 Waren im Wert von über 200 Millionen Franken nach Deutschland, was 23,5 Prozent des Exportvolumens ausmacht. (sda/red)

## Langzeitarbeitslose

### Hoffnungslosigkeit in Spanien steigt

**MADRID** Rund jeder vierte Arbeitslose in Spanien sucht schon seit drei Jahren oder länger nach einer neuen Stelle. 2013 gab es exakt 1 275 700 solche Arbeitslose, das waren 23,1 Prozent, teilte das spanische Statistikamt am Freitag mit. Die Zahl sei gegenüber 2012 stark angestiegen, um 234 200. Wer in Spanien länger arbeitslos ist als zwei Jahre, bekommt kein Arbeitslosengeld mehr. Der Staat zahlt dann maximal noch sechs Monate lang 400 Euro monatlich. Angesichts der hoffnungslosen Lage hätten es fast 500 000 Spanier aufgegeben, überhaupt noch



nach einem Job zu suchen, teilte das Statistikamt weiter mit. Der Anteil dieser «Entmutigten» sei damit binnen der vergangenen drei Jahre auf 21,3 Prozent gestiegen. In Spanien, der viertgrößten Wirtschaftsmacht der Eurozone, waren Ende März 5,93 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet, die Quote lag damit bei knapp 26 Prozent. (apa)

# Felder: «Standortvorteile setzen Strategie und Umsetzung voraus»

**Interview** Am 22. Mai fand im SAL ein Fachsymposium der International Fiscal Association (IFA) zum Thema «Was benötigt der liechtensteinische Wirtschaftsstandort über eine moderne Steuerrechtsordnung hinaus?».

VON HARTMUT NEUHAUS

Das «Volksblatt» führte mit Marco Felder, Präsident der IFA Liechtenstein und PwC Leiter Steuern und Recht Liechtenstein, ein Interview zu diesem Thema.

«Volksblatt»: Was braucht Liechtenstein über ein attraktives Steuergesetz hinaus?

**Marco Felder:** In einem sich wandelnden Umfeld braucht Liechtenstein eine greifbare Strategie, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gezielt zu verbessern. Ein attraktives Steuergesetz kann den gewünschten Beitrag zur Wohlfahrt und Prosperität unseres Landes nur erbringen, wenn begleitende Massnahmen umgesetzt werden. Die Politik muss sich deshalb elementaren Fragen stellen: Soll Liechtenstein weiter wachsen? Wie soll das geschehen? Was sind die Folgen?

Sollte Liechtenstein Ihrer Meinung nach weiter wachsen?

Liechtenstein kann sich ein negatives Wachstum nicht leisten. Die Kosten unserer sozialen Systeme wären langfristig nicht mehr tragbar. Bei anhaltender Konsolidierung des Finanzplatzes droht zudem die europäische Gleichwertigkeit unserer Finanzmarktaufsicht verloren zu gehen. Die hohen Kosten zur Einhaltung von aufsichtsrechtlichen Aufgaben unter Berücksichtigung von europäischen Normen müssen langfristig von möglichst vielen Finanzintermediären getragen werden. Um die dramatischen Folgen dieser beiden Beispiele abzuwenden, benötigt Liechtenstein eine auf Wachstum ausgelegte Wirtschaftsstrategie.

Warum verfügt Liechtenstein noch nicht über eine solche Wirtschaftsstrategie?



IFA-Präsident Marco Felder stand dem «Volksblatt» Rede und Antwort. (Foto: MZ)

Unser politisches System erfordert in weitreichenden Fragestellungen regelmässig breite politische Abstimmung. Dieser eigentliche Standortvorteil kann Liechtenstein in Zeiten rasenden Wandels träge machen. Eine wachstumsorientierte Wirtschaftsstrategie tangiert zahlreiche Lebensbereiche und ist Gegenstand kontroverser politischer Diskussionen. Wir brauchen deswegen starke politische Institutionen, denen ein hohes Mass an Vertrauen in der Bevölkerung zukommt. Insbesondere Wirtschaftsverbände müssen die politischen Institutionen in ihrer Arbeit stärker entlasten und sich weiter professionalisieren. Hierzu

«Liechtenstein kann sich ein negatives Wachstum nicht leisten.»

benötigen sie Ressourcen. Starke politische Institutionen erlauben sich rasch auf internationale Entwicklungen einzustellen und Liechtenstein als Wirtschaftsstandort erfolgreich zu positionieren. Im Gegensatz zu vielen anderen Staaten ist Singapur darin oft erfolgreich - so etwa in der Positionierung als globaler Hub für geistiges Eigentum in Asien. Wie können wir es bloss zulassen, dass sich Liechtenstein nicht längst als vergleichbarer Hub in Europa etabliert?

Wie könnten die politischen Institutionen weiter an Stärke gewinnen?

Unsere politischen Institutionen sind mit der Erledigung von dringlichem Tagesgeschäft so gefordert, dass strategisch wichtige Themen nicht immer angemessen adressiert werden. Die Vergangenheit hat bewiesen, dass strategisch wichtige Themen teilweise so lange banalisiert werden, bis Prozesse ausser Kontrolle geraten und darum Schaden entsteht. So mussten beispielshalber bei der Pensionskasse für Staatspersonal die Ereignisse eskalieren, ehe man sich der Problematik ernsthaft gestellt hat.

Unseren politischen Institutionen muss es daher unter Beihilfe von Wirtschaftsverbänden trotz massiver Arbeitsbelastung gelingen, strategisch wichtige Themen frühzeitig zu adressieren. Selbst dann, wenn sich das Interesse in der Bevölkerung hierfür in Grenzen hält und der Nutzen verkannt wird. Mit einem solchen Anstieg an Professionalität liessen sich Prozesse kontrollieren und unnötiger Schaden abwenden. Der Wirtschaftsstandort würde folglich weiter an Stabilität gewinnen. Das Vertrauen in die politischen Institutionen würde gestärkt, deren Handlungsfähigkeit entsprechend gesteigert. Chancen wie die Positionierung als Standort für geistiges Eigentum liessen sich ohne Verzögerung wahr-

nehmen. Ebenso liessen sich Gesetze wie das Gewerbe- oder Grundverkehrsgesetz modernisieren.

Welche wichtigen Themen lassen sich derzeit für Liechtenstein identifizieren?

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass steuerliche Themen für Liechtenstein von essenzieller Bedeutung sind und unsere Aussenwahrnehmung massgeblich prägen. Daran hat sich nichts geändert: so hat die Regierung vor wenigen Wochen eine Arbeitsgruppe geschaffen, die sich den OECD-Arbeiten zu BEPS (Base Erosion and Profit Shifting) annimmt. Unter BEPS lassen sich Gewinne in Liechtenstein nur rechtfertigen, sofern wirtschaftliche Substanz vorhanden ist. Briefkastengesellschaften haben daher ausgedient. Stattdessen müssen hiesige Gesellschaften über qualifiziertes Personal verfügen und auch Kosten und Risiken selbst tragen.

Eine wachstumsorientierte Wirtschaftsstrategie hat die Auswirkungen von BEPS angemessen zu reflektieren. Die Stellschrauben bei der Personenfreizügigkeit müssen deshalb den Zeichen der Zeit angepasst werden. Zugleich muss unser Netz an Doppelbesteuerungsabkommen unter Einsatz aller Kräfte und Möglichkeiten weiter verdichtet werden. Hohe Priorität genießt der Abschluss des

«Steuerliche Themen sind für Liechtenstein von essenzieller Bedeutung.»

Doppelbesteuerungsabkommens mit der Schweiz und der damit einhergehende Abbau bestehender Wirtschaftshürden.

Führt eine liberalere Personenfreizügigkeit zu einer Verstärkung?

Mit dem Vorwand einer Verstärkung schürt man die Angst der Bevölkerung zu Unrecht. Wir können uns in den Bereichen Raumplanung, Infrastruktur und Architektur ohne Zweifel verbessern. Uns steht nicht zuletzt aufgrund von Wald und Gebirge ein begrenzter Lebensraum zur Verfügung, den wir intelligent nutzen sollten. Unter einer intelligenten Nutzung verstehe ich auch, dass wir unseren Zentren mehr Leben einhauchen. Wir bereiten uns und unserem Wirtschaftsstandort mit teilweise menschenleeren Fussgängerzonen, Geschäften, Restaurants und Bars wirklich keinen Gefallen.

# St. Gallen mit Offensive gegen Einkaufstourismus

**Unter Druck** Die Detailhändler leiden unter dem starken Franken: Die Gruppe Handel des Kantonalen Gewerbeverbands St. Gallen will sich aber nicht nur beklagen, sondern mit einer Kampagne aufzeigen, dass sich ein Einkauf in der Region lohnt.

Die Situation im Schweizer Detailhandel hat sich zwar auf tiefem Niveau stabilisiert, aber noch immer fließen mehrere Milliarden Franken ins Ausland. Gerade die grenznahen Gebiete in unserem Kanton spüren das noch immer deutlich. Dabei ist auch in der Schweiz einiges in Bewegung geraten.

Preise wurden massiv gesenkt

Dank dem wachsenden Druck auf die Grossisten und Importeure konnten viele Preise massiv gesenkt werden. Noch ist das aber nicht ganz bis zu den heimischen Konsumenten durchgedrungen. Deshalb gehen die St. Galler Detaillisten in die Offensive, um die Kunden von den Vorteilen des Einkaufs in der Region zu überzeugen. Mit 300 000 Gratis-

Einkaufstaschen tragen sie ihre Botschaft in die Bevölkerung: «Danke für Ihren Einkauf!» Bereits 2013 hat der Schweizerische Gewerbeverband mit der Aktion «Ja zur Schweiz - Hier kaufe ich ein» ein Zeichen gesetzt. Jetzt wollen die regionalen Detaillisten nachdoppeln. Mit Gratis-Tragtaschen danken Sie den Kunden für ihren Einkauf in der Region. Sie weisen zu Recht auch auf ihre volkswirtschaftliche Bedeutung

hin, als wichtige Dienstleister, als bedeutende Arbeitgeber und als Anbieter von zahlreichen Lehrstellen.

Bewusst einkaufen

Ein Einkauf in der Region ist aber mehr als nur ein Beitrag an unsere Wirtschaft. Es ist ein bewusster Entscheid für ein vielfältiges und ein lebendiges Gewerbe in der Region und für die Menschen, die dahinterstecken. Schweizer De-

taillisten bieten oft einen klaren Mehrwert: Sie kennen die Bedürfnisse ihrer Kundinnen und Kunden besonders gut und bieten eine kompetente Beratung. Auch nach dem Kauf steht der Händler mit Garantie- und Servicedienstleistungen zu seinem Produkt. Beratung, Hauslieferdienst, Montage, Wartungsarbeiten und vieles mehr gehören beim Detaillisten dazu. Der Einkauf in der Nähe leistet aber auch einen ökologischen Beitrag, weniger Verkehr bedeutet weniger Umweltbelastung. Und nicht zuletzt stellt der Detailhandel Tag für Tag die Versorgung der Region mit Gütern des täglichen Bedarfs sicher. (red/pd)



Bernhard Scherzinger (Präsident KGV Handel) freut sich zusammen mit Helena Koch über die Tasche. (Foto: ZVG)

## Medienumgebung

### Konkrete Termine im Übernahmekampf um Publigroupe

**BERN** Der Verwaltungsrat des Werbewerkmartens Publigroupe will bis am 19. Juni Stellung beziehen zum Kaufangebot von Tamedia. Bis am 3. Juli wird die Stellungnahme zum Angebot von Swisscom folgen. Diese Termine ergeben sich aus den von der Übernahmekommission festgelegten Termine zur Publikation der beiden Angebotsprospekte. Für Tamedia ist der Termin auf den 27. Mai festgelegt, für Swisscom spätestens am 12. Juni. Dies teilte Publigroupe am Freitagabend mit. Die Zürcher Mediengruppe Tamedia und der Telekommunikationsanbieter Swisscom buhlen beide um die Gunst der Publigroupe-Aktionäre. Beide haben angekündigt, ein öffentliches Kaufangebot für Publigroupe zu lancieren. (sda)